

FDP

Teure Broschüren

Guido Westerwelle gerät wegen fragwürdiger Sponsoringgelder in Erklärungsnot. Hat eine Partefirma zur Tarnung eine Zuwendung von 100 000 Euro gestückt?

Die Sache duldeten offenbar keinen Aufschub, die frohe Botschaft sollte unters Volk, unters Wahlvolk, und das möglichst schnell. In aller Eile hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert am vergangenen Donnerstag Journalisten in den Reichstag bestellt. Dort offenbarte der CDU-Politiker den Grund für die Blitz-einladung: Die Affäre um käufliche Gesprächs- und Fototermine mit Spitzenpolitikern wie NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers sei aufgeklärt. Eine Prüfung der Bundestagsverwaltung habe ergeben, dass „die Sponsoringpraxis nicht gegen das Parteiengesetz“ verstoßen habe.

Das Ergebnis, keine fünf Wochen nach Bekanntwerden der Affäre, dürfte vor allem die CDU in NRW gefreut haben. Die Bundestagsverwaltung hatte die Untersuchung in rekordverdächtiger Geschwindigkeit vor der Landtagswahl im Mai abgeschlossen. Gleichwohl, so Lammert, sei dies kein „Freispruch“ für Politiker, eine Debatte über politisches Sponsoring sei „wünschenswert“.

Dem Manne kann geholfen werden. Denn wenn Lammert sagt, dass beim Sponsoring von Veranstaltungen „Leistung und Gegenleistung“ von Partei und Sponsor in einem „plausiblen Gleichgewicht“ stehen müssten, dann gibt es jetzt einen Vorgang, bei dem diese Balance schwer zu erkennen ist: bei der FDP. Im Zentrum stehen dabei merkwürdige Rechnungen, die Lammerts Prüfern demnächst reichlich Arbeit bescherten dürften.

Es könnte sich dabei um eine höchst kreative Form der Parteienfinanzierung handeln. Und es geht um Guido Westerwelle: Hat der FDP-Vorsitzende womöglich politische Erklärungen abgegeben, um damit Sponsoren zu gefallen?

Im Oktober 2006 hatte die ProLogo GmbH, die damals zu 80 Prozent der FDP gehörte, dem kleinen Internetportal politikscreen.de AG sechs „Sponsorenbeiträge“ für FDP-Veranstaltungen in Rechnung gestellt. „Vereinbarungsgemäß“, wie auf den Rechnungen steht.

11 000 Euro netto sollte politikscreen dafür zahlen, dass die Firma am Rande des Landeshauptausschusses der FDP



Kinkel-Geburtstagsfeier 2006: Hohe Summen für den Event

SCHROEWIG / GUDATH

in Rheinland-Pfalz für sich werben durfte. 16 500 Euro sollte der Werbeauftritt beim „e-democracy-Kongress“ kosten, ausgerichtet vom FDP-Bürgerfonds, der Spendensammelstelle der Liberalen. Ebenfalls berechnet wurde das Sponsoring eines „Journalisten-Empfangs der FDP“ (12 000 Euro), eines „Advents-Empfangs“ (11 000 Euro) sowie eines „Bildungskongresses“ (16 500 Euro). Am meisten war es politikscreen wert, beim Empfang zum 70. Geburtstag von Ex-Außenminister Klaus Kinkel (FDP) Flagge zeigen zu dürfen. Unglaubliche 33 000 Euro.



FDP-Chef Westerwelle, Telekom-Chef Ricke (r.) 2006 „Regulierung mit Augenmaß“

SCHROEWIG / GUDATH

Unglaublich deshalb, weil politikscreen dafür so gut wie nichts bekommen sollte. „Als Gegenleistung für Ihr Sponsoring“, so steht es in den Rechnungen der ProLogo, „wird Ihr Logo auf allen Drucksachen zur Einladung und Veranstaltung erscheinen.“ Außerdem, verspricht ProLogo, „legen wir Broschüren Ihres Unternehmens während der Veranstaltung aus“. Entsprechende Werbeprospekte sollte der Sponsor an die FDP-Bundesgeschäftsstelle in Berlin liefern.

Für die 33 000 Euro hätte politikscreen etwa beim Parteitag der NRW-CDU einen riesigen Werbeposten neben Fototermin und Gespräch mit dem Ministerpräsidenten buchen können, das sollte nur 20 000 Euro kosten. Umso fraglicher scheint denn auch die Wirksamkeit des Reklamefeldzugs: Während sich Kinkel und seine 650 Gäste an Flusskrebsen und

Kalbsmedaillons labten, sollten laut Rechnung gerade mal 350 Broschüren des Sponsors ausliegen.

Die hohe Summe für den Event ist nicht die einzige Merkwürdigkeit der ProLogo-Rechnungen. Alle sechs sind auf denselben Tag datiert, auf Montag, den 2. Oktober 2006. Alle sechs betreffen FDP-Veranstaltungen, die zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht stattgefunden hatten. Und alle sechs krummen Rechnungsbeträge ergeben addiert eine seltsam runde Nettosumme: exakt 100 000 Euro.

Die Merkwürdigkeiten wecken einen Verdacht: Sind die großzügigen Zuwendungen von politikscreen an die FDP-Firma eine verdeckte Parteispende, die in unauffällige Tranchen gestückt und als Sponsorengeld getarnt wurde?

Ute Spangenberg, Geschäftsführerin der ProLogo, wollte sich zu dem Vorgang nicht äußern. Sie bestätigte die Geldflüsse nicht, wollte sie aber auch nicht dementieren.

Warum aber hätte die Firma politikscreen so großzügig an die FDP-Tochter ProLogo zahlen sollen? Fragen wirft in diesem Zusammenhang ein Vorgang auf, der sich nur fünf Tage vor den ProLogo-Rechnungen ereignet hatte. Am 27. September 2006 hatte die Internetseite von politikscreen für Aufsehen gesorgt. Der Informationsdienst veröffentlichte einen prominenten Beitrag. Der damalige Oppositionsführer Westerwelle verbreitete dort seine Sicht der Zukunft des deutschen Telekommunikationsmarktes. In Bezug auf die Novellierung eines entsprechenden Gesetzes votierte Westerwelle für eine „Regulierung mit Augenmaß“. Anders gesagt: Die Deutsche Telekom sollte länger vor Konkurrenten geschützt werden. Das war überraschend, denn damit stand er im Gegensatz zur FDP-Linie, die den möglichst freien Wettbewerb propagierte.

Westerwelles Äußerung muss ganz im Sinne der Telekom und ihres damaligen Chefs Kai Uwe Ricke gewesen sein. Das mag nur Zufall sein: Aber einer der wichtigsten Kunden für politikscreen war damals die Telekom. Zu dieser Zeit be-

standen nach internen Unterlagen enge Geschäftskontakte zwischen Telekom und politikerscreen. Unter anderem bestellte sie im August 2006 bei politikerscreen „Content“: Interviews mit führenden Wirtschaftspolitikern, Sportlerporträts und „Kurzporträts streitbarer Politiker“ für 200 000 Euro.

War politikerscreen so großzügig beim Sponsoring der FDP-Veranstaltungen, um seinem Großkunden etwas Gutes zu tun? Und hat Westerwelle im Gegenzug dem freigiebigen FDP-Sponsor politikerscreen mit seinen Forderungen zum Telekommunikationsmarkt einen Gefallen tun wollen? Ein Sprecher der FDP hält solche Unterstellungen für „abwegig“. Dagegen spreche, dass die FDP-Bundestagsfraktion gegen die Novellierung des Telekommunikationsgesetzes gestimmt habe.

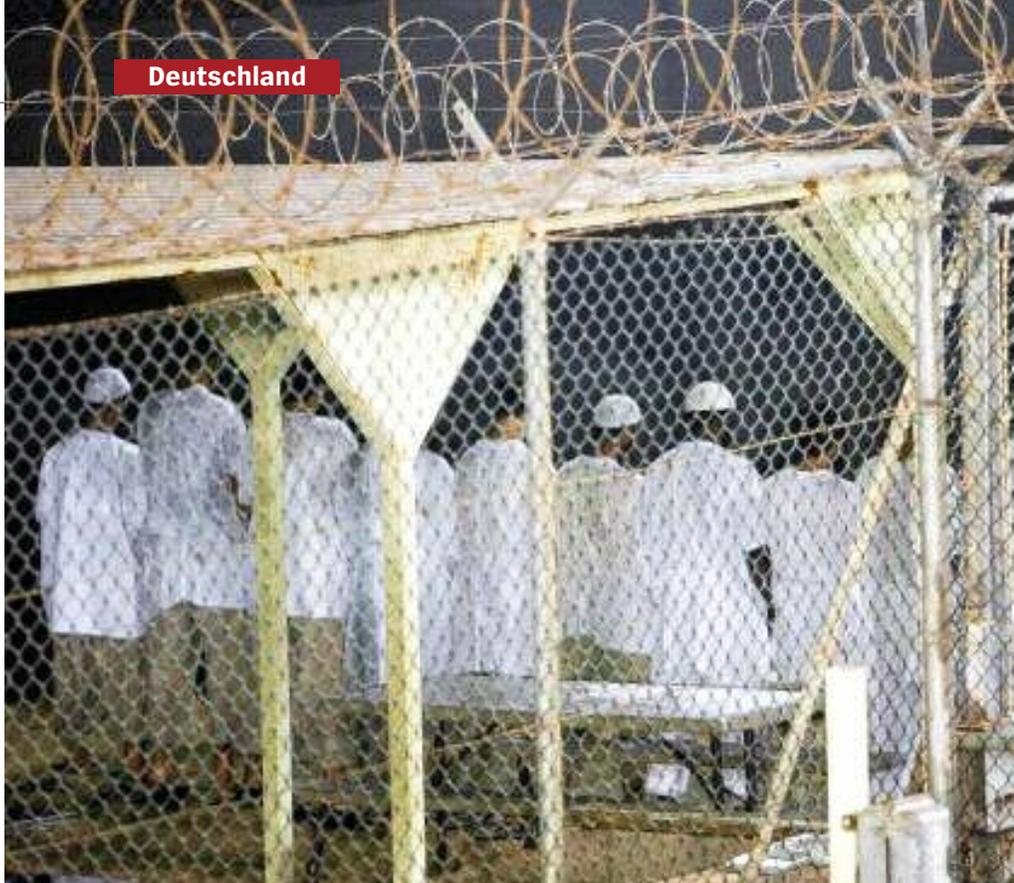
Die politikerscreen.de AG, die heute unter dem Namen PMI Portal AG firmiert, wollte sich auf Fragen des SPIEGEL nicht konkret äußern. Generell weist die Firma alle Vorwürfe zurück. Geschäftliche Belange und redaktionelle Inhalte seien stets sorgfältig getrennt worden.

Alleinaktionär der politikerscreen war 2006 die Eutop Group GmbH, später umbenannt in First Holding GmbH. Deren Geschäftsführer ist ein schillernder Lobbyist: Klemens Joos aus München. Im Aufsichtsrat saß zeitweise der ehemalige Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye (SPD). Ein Tochterunternehmen organisierte unter anderem Politikervorträge. Zu den Rednern zählten die ehemaligen Bundesminister Eduard Oswald (CSU) und Walter Riester (SPD), der Grüne Fritz Kuhn – und Guido Westerwelle. Dem Bundestag meldete der FDP-Chef für mehrere Vorträge 2006 und 2007 Einnahmen von mehr als 14 000 Euro.

2008 rückte die Internetseite politikerscreen, die im Jahr zuvor in Polixea Portal umbenannt worden war, näher an die FDP heran. Dabei spielten zwei alte Freunde von Westerwelle eine tragende Rolle. Mountain Super Angel, eine AG, die sein alter Spezi Cornelius Boersch gegründet hatte, investierte in Polixea. Und der damalige Mountain-Geschäftsführer und frühere Westerwelle-Assistent Jörg Arntz führte fortan die dazugehörige Polixea Deutschland GmbH.

Im September 2008 versuchte Arntz dann Bekannte und Geschäftspartner als Unterstützer für den „FDP-Internetwahlkampf“ zu mobilisieren. Arntz selbst ließ die Frage unbeantwortet, ob er mit dem Polixea-Portal Westerwelles Wahlkampf publizistisch flankieren wollen. Nach der Bundestagswahl 2009 rückte Arntz in Westerwelles Ministerium ein. Heute sind die ursprünglichen Polixea-Seiten nicht mehr aufrufbar, die Domain steht zum Verkauf.

JÜRGEN DAHLKAMP, DINAH DECKSTEIN,
UDO LUDWIG, SVEN RÖBEL



US-Militärgefängnis Guantanamo: Deutschland sucht den Supergefangenen

DIPLOMATIE

Casting in der Karibik

Die Bundesrepublik wird wohl doch Guantanamo-Gefangene aufnehmen, eine deutsche Delegation hat bereits Häftlinge befragt. Die Entscheidung markiert einen deutlichen Kurswechsel.

Als Mohammed Tahamuttan in Guantanamo gefragt wird, wie er zu den Vereinigten Staaten von Amerika steht, antwortet er mit einer Gegenfrage: „Was wollt ihr Amerikaner mit mir machen, nachdem ich vier Jahre keine Probleme bereitet habe? Wenn ich irgendetwas Anstößiges von mir gegeben haben sollte, dann liegt es an der belastenden Situation in diesem Gefängnis. Ich habe nichts gegen Amerikaner.“

Das war Ende 2005, und seitdem ist nicht viel passiert im Leben des Mohammed Tahamuttan, außer dass er vier weitere Jahre hinter Gittern verloren hat.

Vergangene Woche durfte der Palästinenser seine Leidensgeschichte ein weiteres Mal präsentieren – diesmal vor deutschen Regierungsbeamten. Bei Außentemperaturen um die 30 Grad im Schatten saß eine aus Berlin angereiste Delegation aus Vertretern des Innenministeriums, des Bundeskriminalamts und des Bundesamts für Migration in einem der Verhörcontainer und lauschte den Berichten von Tahamuttan und mehreren anderen Gefangenen. Die Ministerialbeamten wollten sich ein Bild von der Gefährlichkeit mög-

licher Aufnahmekandidaten machen. Der Kennenlerntermin in der Karibik hatte etwas von einer Castingshow: Deutschland sucht den Supergefangenen.

Die Bewerbungsgespräche sind der vorerst letzte Akt monatelanger Geheimverhandlungen zwischen Berlin und Washington, die am Ende auf einen diplomatischen Deal hinauslaufen sollen. Die Bundesrepublik wird wohl noch dieses Frühjahr einige der etwa 190 Gefangenen aufnehmen, die noch in dem berüchtigtsten Gefängnis der Welt festgehalten werden. Für den amerikanischen Präsidenten Barack Obama, der nach seinem Amtsantritt im Januar 2009 selbstbewusst angekündigt hatte, das Lager binnen eines Jahres zu schließen, wäre das ein kleiner Erfolg und für die Bundesregierung eine außenpolitische Geste des guten Willens. Für Gefangene wie Mohammed Tahamuttan wäre es das Ende eines Martyriums.

Die bevorstehende Entscheidung, die eng zwischen Innenminister Thomas de Maizière (CDU), Außenminister Guido Westerwelle (FDP) und dem Kanzleramt abgestimmt ist, bedeutet eine Kurskorrektur der deutschen Innenpolitik. In der